

2/17

34. Jahrgang der
«Rundbriefe»

Luzern, September 2017



**Journal der Theologischen
Bewegung für Solidarität und
Befreiung – TheBe**

Erwägungen

Thema

«Unfinished Business» –
Apartheid und die Folgen

«There goes the wealth»

Aufschrift über einem Flugzeug Richtung Norden auf einem Protestplakat der Witwen der ermordeten Minenarbeiter der Platinmine Marikana in Südafrika.

◆ Was Apartheid in Südafrika bedeutete, ist heute vielen nicht mehr bewusst. Und es ist für sie deshalb schwer nachvollziehbar, dass die Apartheid ein *Unfinished Business* darstellt: wirtschaftlich, sozial, politisch und historisch. Ein erhöhtes Interesse liess sich lediglich anlässlich der Fussballweltmeisterschaft in Südafrika und des Todes von Nelson Mandela feststellen. Es ist uns deswegen umso wichtiger, hier die KEESA vorzustellen, die Kampagne für Entschuldung und Entschädigung im Südlichen Afrika. Der Vorstand der TheBe hat die Mitglieder der KEESA in der Schweiz eingeladen, dieses Heft der Erwägungen inhaltlich zu gestalten. Wir sind sehr froh, jetzt dieses Heft verbreiten zu können. Es richtet den Blick in erster Linie auf die Opfer und gibt ihnen eine Stimme. «Sollen wir ein zweites Mal für die Apartheid bezahlen?», fragen sie uns zu Recht empört. Es richtet den Blick aber auch auf die Täter und ihre Komplizenschaften. Und wieder gibt es dabei «Swiss connections». Das Heft weitet den Blick aber auch über Südafrika hinaus. Es berichtet auf herausfordernde Weise von Geschäften mit der Verschuldung in Mosambik und mit der Rolle des Schweizer Rohstoffhandels beim Kupferabbau in Sambia. Wir danken allen Autorinnen und Autoren von Herzen. Erfreulicherweise gibt es an den Universitäten viele junge Studierende, die sich für das Anliegen der KEESA interessieren. Dementsprechend gibt es am 18. November an der Universität Basel eine Tagung zur «new debt crisis» am Beispiel von Mosambik, auf die wir sehr gerne hinweisen. Mehr unter www.apartheid-reparations.ch

Für den TheBe-Vorstand
Peter Zürn

Inhalt

-
- | | |
|----|---|
| 1 | KEESA – Kampagne für Entschuldung und Entschädigung im Südlichen Afrika |
| 4 | Rita Kesselring: Südafrika am Scheideweg. Erfüllen sich jetzt die Forderungen der Apartheidopfer? |
| 8 | Urs Sekinger: Marikana-Massaker – Komplizenschaften wie während der Apartheid |
| 11 | Barbara Müller: Geschäfte mit der Verschuldung – das Beispiel Mosambik |
| 16 | Anna-Sophie Hobi: Kupferabbau in Sambia und die Rolle des Schweizer Rohstoffhandelsplatzes |
| 20 | Aus der Bewegung |
-

KEESA – Kampagne für Entschuldung und Entschädigung im Südlichen Afrika

◆ Am 16. Juni 1998, dem Gedenktag des Soweto-Massakers, rief die südafrikanische nationale NGO-Koordination SANGOCO ihre Partnerorganisationen auf, sich dafür einzusetzen, dass Konzerne, Banken und internationale Institutionen mit den VertreterInnen des südlichen Afrikas über Entschädigungen und die Streichung der Schulden verhandeln: «Die Opfer der jahrzehntelangen Menschenrechtsverletzungen in Südafrika und den umliegenden Ländern sollen nach Abschaffung des totalitären und rassistischen Regimes nicht erneut benachteiligt werden. Wegen fehlender Finanzen wird heute im südlichen Afrika Millionen von Menschen das Recht auf elementare Gesundheitsversorgung und Schulbildung vorenthalten. Es ist ungerecht und absurd zu verlangen, dass sie für Schulden, die zu ihrer Unterdrückung aufgenommen wurden, zahlen müssen. Die Banken und Unternehmen haben diese Kredite entgegen den Interessen der Bevölkerung Südafrikas gegeben und haben das Apartheidregime in seiner Destabilisierungs-, Unterdrückungs- und Zerstörungspolitik gestärkt. Personen und Institutionen, die von der Apartheid profitiert haben, sind für die heutige Lage im südlichen Afrika mitverantwortlich: Die Schulden sollen gestrichen und die Opfer entschädigt wer-

den.» In der Schweiz wurde die SANGOCO-Erklärung von zahlreichen NGOs sowie kirchlichen und Solidaritätsorganisationen unterstützt. Die Basis für die Kampagne für Entschuldung und Entschädigung im Südlichen Afrika KEESA war gelegt. Anfang 2000 wurde die KEESA formell als Verein gegründet.

Schuldenstreichung und Apartheidklagen

1997 hatte sich – stark gefördert durch kirchliche Kreise – die Kampagne «Erlassjahr 2000» (Jubilee 2000) gegründet. Sie forderte in Bezug auf den biblisch gebotenen Schuldenerlass die Streichung der Schulden der am meisten verschuldeten Länder zur Jahrtausendwende. «Jubilee South Africa» nahm diese Forderung in Südafrika auf. «Müssen wir für die Apartheid zweimal zahlen?», fragte die Kampagne. Einmal als vom rassistischen Apartheidstaat Betroffene und das zweite Mal, indem wir für die Schulden des Apartheidregimes aufkommen müssen. Dass dies tatsächlich so war, wies die langjährige KEESA-Koordinatorin Mascha Madörin anhand von Geldgeschäften des Apartheidregimes nach. Diese Geschäfte zwangen die Notenbank nach 1994 noch jahrelang, stark überbeuerte Kredite zurückzuzahlen.

Die Forderung nach Entschädigung vertrat die wichtigste Vereinigung von Apartheidopfern: Khulumani.¹ 2002 wurden im Namen von Mitgliedern der Organisation in den USA Sammelklagen gegen Unternehmen und Banken, die von der Zusammenarbeit mit dem Apartheidstaat profitiert hatten, eingereicht. Bis 2014 strichen Gerichte in den USA die Klagen laufend zusammen. Die Unternehmen und vor allem die Schweizer Banken kamen ungeschoren davon. 2014 wurde das letzte Verfahren eingestellt. In der endgültigen Abweisung findet sich der bemerkenswerte Satz der Richterin: «That these plaintiffs are left without relief in an American court is regrettable.»² Jubilee South Africa und Khulumani waren während dieser

ganzen Zeit die wichtigsten Partnerorganisationen der KEESA in Südafrika. Mit ihnen zusammen hat sie die Themen Schuldenstreichung und Entschädigung immer wieder aufgegriffen und gegen aussen vertreten. Diese grundlegende Arbeit war nötig, damit die Verflechtung der politischen Schweiz und der hiesigen Unternehmen und Banken mit dem Apartheidregime nicht in Vergessenheit geriet.

Aufarbeitung des Verhältnisses Schweiz – Südafrika

Goldhandel, Kreditgeschäfte, Waffenlieferungen und gewöhnliches Business – es war immer klar, dass die Schweiz mit dem Apartheidregime wichtige Geschäfte betrieb.³ Aufgrund mehrerer parlamentarischer Vorstösse der damaligen Nationalrätin Pia Hollenstein (Grüne SG), unterstützt durch die KEESA, beschloss das Parlament im März 1999, die Verbindungen der Schweiz zum Apartheidstaat im Rahmen eines Nationalen Forschungsprogramms (NFP 42+) aufarbeiten zu lassen. Allerdings verweigerte das Parlament eine umfassende Aufarbeitung (Bundesbeschluss) wie im Fall des Nazi-Goldes. Die KEESA äusserte sich in einem Communiqué kritisch: «Der Nationalrat will die Wirtschaft davor verschonen, sich der Konfrontation mit ihrer Vergangenheit stellen zu müssen.

*Treffen der Khulumani Support Group Western Cape, 2009.
Bild: Rita Kesselring*



Er lehnt den Vorschlag ab, einen einfachen Bundesbeschluss zu erlassen, um die Beziehungen der Schweiz zum Apartheidregime in Südafrika aufzuklären. Wir betrachten diesen Entscheid als gravierenden Fehler. (...) Eine kürzlich publizierte Studie belegt, dass Schweizer Grossbanken und Unternehmen Milliardenprofite aus der Finanzierung des Apartheidregimes gezogen haben. Die Geheimdienste des rassistischen Regimes benutzten schweizerisches Territorium und schweizerische Institutionen, um die Opposition im Exil zu terrorisieren. Mit der Ablehnung der parlamentarischen Initiative verpasst die Schweiz eine Chance, die Initiative zur Aufarbeitung ihrer Vergangenheit für einmal selbst, ohne massiven Druck von aussen, zu ergreifen.»

Im Rahmen des NFP 42+ wurden verschiedene Themenkomplexe der Beziehungen Schweiz – Südafrika aufgearbeitet und zum grössten Teil publiziert.⁴ Die Resultate wurden vom Programmleiter Georg Kreis in einer separaten Publikation veröffentlicht.⁵ Der anfänglichen Skepsis der KEESA zum Trotz förderte das Programm zahlreiche neue Erkenntnisse des Verhältnisses der offiziellen Schweiz zum Apartheidstaat zutage, damit aber auch viele neue Fragen. Die veröffentlichten Berichte wurden von der der KEESA angeschlossenen Recherchiergruppe kritisch kommentiert. Diese neuen Fragen bleiben jedoch weitgehend unbeantwortet, weil der Zugang zu den Akten des Bundesarchivs auf Entscheidung des Bundesrates gesperrt wurde, was von der KEESA und vielen anderen wiederholt kritisiert wurde. Zum andern aber auch, weil die Antwort auf viele Fragen in den Privatarchiven der Banken und Grossunternehmen liegt, zu denen die Forschenden keinen Zugang hatten. Für die KEESA besonders stossend ist der Umstand, dass der Bundesrat sich bis heute geweigert hat, zum Bericht des NFP 42+ Stellung zu nehmen, obwohl er dies anfänglich in Aussicht gestellt hatte.

Was ist Apartheid?

Die KEESA hat in den beschriebenen Initiativen und zahlreichen weiteren Aktivitäten der Solidarität mit dem südlichen Afrika eine führende Rolle gespielt und spielt sie teilweise auch heute noch. So griff sie in gemeinsamen Tagungen mit dem Zentrum für Afrikastudien Basel in den letzten Jahren brennende Themen aus dem Kontext des südlichen Afrika auf, bei denen die durch die Apartheidvergangenheit geschaffenen Strukturen der Ungleichheit eine Rolle spielen: Bergbau und Rohstoffkonzerne, Migration und Xenophobie, Konflikte um Land, 100 Jahre ANC. Dabei stellt sie auch das Verhalten von schweizerischen Unternehmen in den Fokus, die in einigen Fällen dank ihrer Geschäftstätigkeit während der Apartheid zu internationaler Grösse fanden (z.B. Holderbank/Holcim, Marc Rich/Glencore, UBS und CS). Aber wie viele Kampagnen sieht sich die KEESA mit dem Problem konfrontiert, dass der aktuelle Kontext, der ihre Arbeit beflügelte, langsam in den Hintergrund tritt. Was Apartheid in Südafrika bedeutete, ist heute vielen nicht mehr bewusst. Und es ist für sie deshalb schwer nachvollziehbar, dass die Apartheid ein *Unfinished Business* darstellt: wirtschaftlich, sozial, politisch und historisch. Dies zeigt sich sowohl am nachlassenden Medieninteresse wie an der abnehmenden institutionellen Verankerung der KEESA. Ein erhöhtes Interesse liess sich lediglich anlässlich der Fussballweltmeisterschaft in Südafrika und des Todes von Nelson Mandela feststellen. Es erstaunt deshalb nicht, dass die KEESA mit schwindenden Ressourcen zu kämpfen hat.

Solidarität mit den Menschen im Südlichen Afrika

In längeren Zeiträumen zu denken, ist heute nicht gefragt. Komplexere Zusammenhänge anzuschauen und zu verstehen ebenso wenig. Die KEESA ist deshalb nicht zeitgeistig, bleibt aber ein wichtiger Ort, an dem aktive Solidarität mit Menschen im Südlichen Afrika entsteht

und weitergeführt wird. Sie ist zu einem – zwar niederschweligen – Angelpunkt für Wissen und Austausch zum südlichen Afrika geworden, dies sowohl innerhalb der Schweiz und der internationalen Kampagne wie auch im Austausch mit AktivistInnen und Organisationen im südlichen Afrika. Als Vernetzungsort für NGO-Mitarbeitende, Studierende und allgemein Interessierte, der über langjährige Beziehungen und Kontakte verfügt und keine Geldgebertätigkeit ausübt, kann sie auf Vertrauen setzen. In der KEESA ist eine spartenübergreifende Auseinandersetzung mit Entwicklungen im südlichen Afrika möglich, welche die Perspektiven von AktivistInnen, NGO-MitarbeiterInnen, kirchlichen, akademischen und staatlichen Stellen zusammenbringen kann. Der Plünderung der Länder in Afrika und der Einigelung in Europa setzt die KEESA Zusammengehen und Offenheit entgegen. Und die KEESA bleibt eine wichtige Stimme, wenn es darum geht, das Geschäftsgebaren von Unternehmen und Banken aus der Schweiz zu kritisieren und ihre Verantwortung anzumahnen, die sie auch im Hinblick auf die bevorstehende Abstimmung der Konzernverantwortungsinitiative einbringen wird.⁶ Erfreulicherweise wird dies auch von jungen Studierenden gesehen, die sich für die Arbeit der KEESA interessieren und engagieren. Die KEESA-Stimme wird also weiterhin zu vernehmen sein.

¹ Siehe dazu den Beitrag «Südafrika am Scheideweg. Erfüllen sich jetzt die Forderungen der Apartheidopfer?» in diesem Heft.

² Auf der KEESA-Homepage findet sich eine grosse Anzahl von Dokumenten zu den hier erwähnten Kontexten: www.apartheid-reparations.ch.

³ *Apartheidschulden. Der Anteil Deutschlands und der Schweiz* von Mascha Madörin, Gottfried Wellmer, Martina Egli. Brot für die Welt, Februar 1999.

⁴ siehe : www.snf.ch/NFP_42+

⁵ Georg Kreis. *Die Schweiz und Südafrika 1948-1994*, Bern 2005.

⁶ Siehe dazu die Artikel zu Kupfer/Sambia und CS/Mosambik in diesem Heft

Südafrika am Scheideweg. Erfüllen sich jetzt die Forderungen der Apartheidopfer?

Rita Kesselring ist Dozentin am Ethnologischen Seminar der Universität Basel. Ihre Doktorarbeit (*Bodies of Truth*, Stanford University Press 2017) ist den Apartheidopfern gewidmet. Sie ist KEESA-Mitglied.

◆ *Der Apartheidstaat konnte sich auch dank seiner guten Beziehungen zur Schweiz so lange halten. Zwei Jahrzehnte nach dem Übergang zur Demokratie leiden die Apartheidopfer immer noch an ihren Verletzungen. Die Schweiz sollte auf ihre Forderungen hören.*

23 Jahre nach der ersten demokratischen Wahl in Südafrika steht das Land wieder am Scheideweg. Wird es den SüdafrikanerInnen gelingen, dem Erbe der Apartheid wirtschaftliche Umverteilung und die Anerkennung unterschiedlicher historischer Erfahrungen entgegenzusetzen, oder werden Geschäfts- und Regierungspraktiken im Interesse einer kleinen Elite und internationaler Investoren weitergeführt? Die Antwort auf diese Frage wird sich auch an den Forderungen der Apartheidopfer messen lassen müssen. Die Schweiz ist in die Problematik seit langem involviert: Durch die Nichtteilnahme an der internationalen Sanktionspolitik spielte sie – d.h. der Schweizer Finanzplatz und seine enge Beziehung zur Schweizer Regierung – eine direkte Rolle bei der Aufrechterhaltung des Apartheidregimes. Die offizielle Schweiz sollte sich daher heute auf ihre Verantwortung besinnen. Immerhin konnte sich die Apartheid – ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit – nur aufgrund der internationalen Duldung und Förderung halten. Genauso international hätte die Wiedergutmachung



Workshop der Khulumani Support Group Western Cape, 2010.
Bild: Rita Kesselring

sein sollen. Im Moment tragen die Opfer, zusammen mit den jungen Generationen, die Bürde jedoch alleine.

Ende März hat der südafrikanische Präsident Jacob Zuma ein Drittel des Kabinetts über Nacht gefeuert, darunter auch den international anerkannten Finanzminister Pravin Gordhan. Der Kurs des Rand ist anschliessend sofort eingebrochen. Die junge und lautstarke Oppositionspartei Economic Freedom Fighters (EFF) droht damit, ein Amtsenthebungsverfahren im Obersten Gerichtshof einzureichen, und die grösste Oppositionspartei, die Democratic Alliance (DA), will im Parlament ein Misstrauensvotum gegen den Präsidenten durchbringen. Vor ein paar Tagen hat selbst die grösste und regierungsnahе Gewerkschaft COSATU Zumas Rücktritt gefordert. Die Entlassungen und die Ereignisse der letzten Monate zeigen, wie tief der African National Congress (ANC) gespalten ist und wie viel auf dem Spiel steht. Die Entlassung der Minister kam nur einen Tag nach der Beerdigung des bekannten Anti-Apartheid-Freiheitskämpfers Achmed Kathrada, der mit Nelson Mandela 26 Jahre auf Robben Island in Haft war. Präsident Zuma war explizit von der Teilnahme an der Beerdigung ausgeladen worden. Kathradas Witwe Barbara Hogan, eine wichtige Persönlichkeit im ANC und frühere Ministerin, drückte ihre Enttäuschung deutlich aus. Die Entlassungen gleich nach dem Tod ihres Mannes seien ein Affront ihrer Familie und dem Land gegenüber; der Präsident handle wie ein «Schurke». Zuma übe Verrat am Kampf gegen die Unterdrückung der schwarzen Mehrheitsbevölkerung durch eine kleine, weisse Minderheit.

Solche moralisch-politischen Anschuldigungen sind in Südafrika normal. Fast jeder, der eine öffentliche Rolle spielt, wird im Rahmen seiner oder ihrer Widerstandsgeschichte gegen das Apartheidregime beurteilt. *Struggle credentials* spielen eine Rolle, um einen Posten zu bekommen, aber sie werden auch heran-

gezogen, wenn die Leistungen der Amtsträger nicht überzeugen. Viele SüdafrikanerInnen beurteilen ihre Regierungsvertreter nach ihrer Aufrichtigkeit in der Fortführung des Erbes Mandelas und des Freiheitskampfes. Helden- und Opfersein, Ein- und Ausschluss, Wiedergutmachungs- und Bereicherungsansprüche werden fast ausschliesslich auf dieser sehr politisierten Ebene ausgehandelt. Legitimität wird nach wie vor mehr aus der Vergangenheit als aus der Regierungsleistung heute gewonnen, auch wenn etwa mit der Studierendenbewegung klare Zeichen einer Veränderung zu sehen sind.

Warum finden Apartheid-Opfer heute so wenig Beachtung?

Als zur Bewältigung der Vergangenheit die Wahrheits- und Versöhnungskommission (Truth and Reconciliation Commission, TRC) kurz nach der Transition zur Demokratie im Jahr 1994 eingesetzt wurde, war das Opfersein im Rampenlicht. Die TRC nahm während 18 Monaten an verschiedenen Orten im Land Geständnisse von Tätern und Berichte von Opfern entgegen. Die Zeugnisse wurden täglich über Radio und TV ausgestrahlt, und viele Gewalterfahrungen wurden zum ersten Mal öffentlich ausgesprochen. Die Kommission nahm ungefähr 20 000 Zeugnisse von Opfern entgegen und schrieb schliesslich 16 000 Menschen den formellen Status eines Opfers zu. Die Liste der 16 000 Opfer wurde zur autoritativen und abschliessenden Bilanz. Für die südafrikanische Politik war die Apartheidvergangenheit mit der Arbeit der Kommission erledigt. Dazu gehört, dass nicht amnestierte Täter entgegen den Ankündigungen nie verfolgt wurden und es zahlreiche täterfreundliche Versuche von Seiten der Regierung gab, über die Laufzeit der Wahrheitskommission hinaus Amnestien auszusprechen. Die Liste der 16 000 schliesst bis heute sehr viele Apartheidopfer vom offiziellen Status des «Opfers» aus. Es gab viele Gründe, nicht vor der Kommis-

sion auszusagen. Ein wichtiger war die fehlende Bereitschaft, über schmerzhafte Erfahrungen zu sprechen. Zudem legte die Kommission den Fokus auf sogenannte schwere Menschenrechtsverletzungen – in einem Land, in dem der grösste Teil der Bevölkerung unter systematischen Menschenrechtsverletzungen gelitten hatte. Der Ausschluss vieler Erfahrungen als Folge der kurzen Laufzeit der Kommission und dem engen Mandat auf schwere Menschenrechtsverletzungen hat diskursive und reale Konsequenzen bis heute. Es bildete sich eine gesellschaftlich sehr enge Wahrnehmung heraus, wer als Opfer gelten kann. Strukturelle Gewalt und Gewalt gegen Frauen zum Beispiel fanden in dem auf individuelle Opfergeschichten konzentrierten Aufarbeitungsprozess keinen Raum.

Heute gibt es wenig öffentliches Verständnis dafür, dass Verletzungen anhalten können und dass eine stellvertretende Geste der Anerkennung für die tausenden von ausgeschlossenen Opfern nicht reicht. Im Kontext einer Politik, die politische Legitimität aus der Rolle während der Apartheidzeit schöpft, wird im öffentlichen Diskurs das Opfersein primär von den Helden her gedacht – das heisst von denen her, die es «geschafft» haben, die sich erfolgreich in die Post-Apartheid-Gesellschaft integrieren konnten. Jene aber, die heute Wiedergutmachung oder sogar die Wiederöffnung der TRC fordern, weil sie mit den Langzeitfolgen der Verletzungen hadern, werden als unpatriotisch beschimpft. Es sind oft Leute, die weder eine beeindruckende Widerstandsgeschichte noch Jahre im Exil vorweisen können.

Opfererfahrungen abseits des dominanten Diskurses

Der gegenwärtige dominante Opferdiskurs in Südafrika verzerrt das Erbe der Apartheid im heutigen Alltag. Ein Opfer soll versöhnungswillig, sozial und vorwärtsschauend sein – ein Bild, das von

(meist männlichen) Apartheidveteranen dominiert wird. Die meisten, die sich selber als Opfer bezeichnen, passen in dieses diskursive Schema jedoch nicht hinein. Sie haben auch nach dem Ende der Apartheid keine wirtschaftlichen Erfolge vorzuweisen und konnten ihre Erfahrungen nicht in Stärke und Vergebung umsetzen. Aus ihrer schwachen Lage heraus haben sie entsprechend Mühe, politisch anschlussfähig für eine Öffnung der Kategorie des Opfers zu argumentieren. Die landesweit grösste Opferorganisation, die *Khulumani Support Group* mit ihren über 100 000 Mitgliedern, versucht diesen Schritt zu leisten. Doch auch sie kann die aus kollektiver Verletzung resultierende Spannung nicht überwinden; sie verfängt sich seit Jahren in einer Politik des Anklagens, ohne wirklich Zugang zu den Entscheidungsträgern zu bekommen. Radikale Alternativen des Zusammenseins werden im kleinen Rahmen und abseits öffentlicher diskursiver Formen gelebt.

Unter Frauen, oft Mitglieder bei *Khulumani*, öffnen sich solche Räume im alltäglichen Rahmen. Ältere Frauen treffen einander und knüpfen an den gemeinsamen Erfahrungen und der gemeinsamen Situation an. Bei diesen Treffen wird das Opfersein selten zum expliziten Thema. Man teilt stillschweigend die Erfahrungen von struktureller und episodischer Gewalt unter der Apartheid und ihre körperlichen Auswirkungen heute: Bluthochdruck, Arthrose und schlecht geheilte Wunden. Die Belastungen heute sind vergleichbar – etwa die Sorge für eine Generation von oftmals behinderten und traumatisierten, längst erwachsenen Kindern, und Enkelkinder, die ohne wirkliche Aufstiegsmöglichkeiten mithilfe der staatlichen Rente der Grossmütter grossgezogen werden.

Der rechtliche Kampf um Anerkennung
Solche unspektakulären und unauffälligen Zusammenkünfte sind in dem Sinne radikal, als sie dazu beitragen, neue Sozialitäten zu schaffen, die noch

nicht diskursiv einordbar oder artikulierbar sind. Sie wenden sich nicht explizit und bewusst gegen einen Diskurs – auch, weil die Frauen nur selten Wege finden, ihre Erfahrungen öffentlich wirksam zu machen. Solche gelebten Formen von Solidarität untereinander sind fragil und tragen das Risiko einer erneuten Isolierung von der breiteren Gesellschaft in sich, aber sie können auch den Keim der Entstehung neuer politischer Subjektivität unter Opfern in sich tragen. Verschiedene Nichtregierungsorganisationen unterstützen die Anliegen von Opfern in konventionelleren politischen und juristischen Foren. Zwischen diesen NGOs und Khulumani gibt es aber Spannungen. Wer spricht für wen? Wer hat die Autorität, über das Opfersein zu sprechen? Nach einem 14-jährigen weitgehend erfolglosen Kampf vor amerikanischen Gerichten gegen Konzerne (unter anderem gegen Schweizer Banken), die für ihre Mitverantwortung für Menschenrechtsverletzungen angeklagt waren, strengt nun eine Koalition von politischen NGOs zusammen mit Khulumani eine Klage gegen das eigene Justizministerium an. Es geht um den Ausschluss tausender Menschen vom damaligen Wiedergutmachungsprozess und um die generellen Versäumnisse der Regierung, die Empfehlungen der Wahrheitskommission umzusetzen.

*Treffen der Khulumani Support Group
Western Cape, 2010.
Bild: Rita Kesselring*



Und die Schweiz?

Hat die heutige Situation derer, die unter der Apartheid gelitten haben, etwas mit der Schweiz zu tun? In einem Nationalen Forschungsprogramm (NFP 42+) wurde die Rolle der Schweiz während der Apartheid schon vor Jahren teilweise aufgearbeitet, bis der Bundesrat im Jahr 2003 den Forscherinnen und Forschern in dem von ihm beauftragten Projekt den Aktenzugang sperrte. Der Bundesrat begründete diesen Schritt explizit mit den in den USA hängigen Klagen: Die angeklagten Schweizer Banken sollten gegenüber ausländischen Beklagten nicht benachteiligt werden. Zu dem dennoch sehr aufschlussreichen Schlussbericht (Georg Kreis, Die Schweiz und Südafrika 1948-1994, 2005) nahm der Bundesrat nie Stellung. Die Ereignisse der letzten Wochen zeigen nochmals, dass der Umbau in Südafrika noch lange nicht abgeschlossen ist. Die Mehrzahl der SüdafrikanerInnen leidet noch heute direkt an den Folgen der Apartheid – einem System, das sich unter anderem dank der guten Beziehungen zwischen der Schweiz und dem Apartheidstaat halten konnte. Falls die neuste Klage in Südafrika Erfolg haben sollte, würde dies auch eine Wiederaufnahme der Frage von Mitschuld und Wiedergutmachungsleistungen bedeuten. Bisher hat die Schweiz – explizit ohne damit irgendeine Mitschuld anzuerkennen – lediglich etwa eine halbe Million Franken zum sogenannten President's Fund für Zahlungen an Opfer der Apartheid beigetragen. Die Schweiz sollte die Anstöße, die aus Südafrika kommen, aufnehmen und zum Umbau beitragen. Eine Folgestudie zum NFP 42+ und Wiedergutmachungen an die Opfer wären ein erster Schritt.

Der Artikel ist zuerst am 12. April 2017 in Geschichte der Gegenwart erschienen. Link: <http://geschichtedergegenwart.ch/suedafrika-am-scheideweg/>

Marikana-Massaker – Komplizenschaften wie während der Apartheid

Urs Sekinger ist Koordinator des Solifonds (www.solifonds.ch) und Gründungsmitglied der KEESA.

◆ *Das Massaker an 34 streikenden Minenarbeitern, das sich diesen August zum fünften Mal jährt, hat Südafrika erschüttert. Seine politische und rechtliche Aufarbeitung steht noch bevor - Gerechtigkeit für die Opfer lässt auf sich warten. Und es gibt auch hier Bezüge zur Schweiz. Xstrata (heute Glencore) war zum Zeitpunkt des Streiks grösster Aktieninhaber von Lonmin, dem Eigentümer von Marikana. Und: Ein Grossteil des in Marikana geförderte Platins wurde über die Schweiz gehandelt.*

Ein kalter Wind fegte an diesem regnerischen Apriltag 2016 um die Büroglaspaläste nicht weit vom Bahnhof Zug. Ntombizile Mosebetsane, Witwe eines beim Massaker 2012 ermordeten Minenarbeiters, erklärt einer Gruppe von Protestierenden ein riesiges Bild, das sie mit weiteren Witwen gemalt hat (Seite 9). Auf einem Transparent, das vier Witwen rechts unten im Bild halten, stehen ihre Forderungen: «Anständige Häuser, ein existenzsichernder Lohn, Ausbildung für unsere Kinder und Entschädigungen». Das zweite Transparent richtet sich an den Adressaten der Forderungen: «BASF, wir leiden immer noch, Lonmin will uns nicht helfen». Vier Jahre sind seit dem Massaker an 34 Minenarbeitern bei den Lonmin-Platinwerken in Marikana vergangen. Ntombizile Mosebetsane deutet

auf die Mitte des Bildes. Es zeigt die Minenarbeiter bei der Arbeit untertags, daneben Gräber und darüber Polizisten, die auf Minenarbeiter schiessen. Der Boden färbt sich rot. Im zweiten Schaft auf dem Bild arbeiten jetzt Witwen untertags; jemand muss für die Familie aufgenommen. Das Bild ist im Rahmen eines Projekts entstanden, in welchem die Witwen ihre traumatischen Erfahrungen rund um das Massaker aufzuarbeiten begannen. Dieser Prozess hätte ihnen auch klargemacht, was mit dem aus dem Untergrund geförderten Reichtum passiert, fährt Ntombizile Mosebetsane fort. «There goes the wealth», steht über einem Flugzeug mit Kurs Nord. Dort versichert der Platin-Superman vor einer Kulisse von Industriekonzernen, in deren Zentrum der Chemieriese BASF: «Platin, die Kraft, Leben zu verbessern». Platin ist der Schlüssel zu Reichtum, auch in Form von eingelagerten Barren bei der CS. Für diesen Reichtum im Norden seien letztlich ihre Männer gestorben, schliesst Ntombizile Mosebetsane.

Wieder einmal Schweiz Connections

Auf ihrem Weg zur Aktionärsversammlung der BASF in Deutschland, wollte Ntombizile Mosebetsane ihre Forderungen in Zug der BASF Metals GmbH überreichen. Auf Einladung der KEESA kam deshalb eine südafrikanische Delegation in die Schweiz. Bis vor kurzem wickelte der BASF-Konzern einen Teil seines Edelmetallhandels über ihren Zuger Zweig ab. Dieser Handel war nicht unbedeutend. Zum einen kaufte BASF zusammen mit Mitsubishi fast die gesamte Platinproduktion von Lonmin auf, insbesondere für die Produktion von Abgaskatalysatoren. Und ein Blick in die schweizerische Handelsstatistik zeigt, dass Platin lange Zeit wertmässig weitaus das wichtigste Importprodukt aus Südafrika war. Zwischen 2000 und 2011 schwankte der Anteil an den Gesamtimporten aus Südafrika zwischen 60 (300 Mio. CHF) und 87 Prozent (1 445 Mio.

CHF). Danach ging dieser Anteil deutlich zurück und BASF Metals in Zug wurde 2017 liquidiert. Vonseiten BASF Metals zeigte sich niemand willens, die südafrikanische Delegation zu empfangen. So blieb ihr nichts anderes übrig, als den Forderungskatalog im Briefkasten zu deponieren. Auch Anfragen im eidgenössischen und Zuger Parlament zur Unternehmensverantwortung dieses Schweizer BASF-Ablegers bringen keine klaren Antworten. Die zuständigen Behörden verweisen auf die aktive Rolle der Schweiz im Rahmen der internationalen Abkommen (beispielsweise OECD-Leitlinien) oder auf den Grundlagenbericht Rohstoffe (2013) und dessen in Aus-

von 34 Minenarbeitern durch die Polizei am 16. August 2012 wurde eines schnell klar: Hätte die Lonmin-Geschäftsführung nicht kategorisch Verhandlungen mit den Minenarbeitern über eine Lohnerhöhung verweigert, wäre es nie zu diesem für das demokratische Südafrika erschütternden Ereignis, bei dem sich Parallelen zu Ereignissen während der Apartheidzeit aufdrängen (Sharpeville-Massaker), gekommen. Neben den Toten, den Witwen und ihren Familien liess das Massaker hunderte zum Teil schwer Verletzte zurück sowie Minenarbeiter, die für Monate ins Gefängnis kamen. Sie alle warten auch nach fünf Jahren noch auf Gerechtigkeit.



«Ich habe meinen Mann beim Marikana-Massaker verloren. Es war ein furchtbarer Schmerz, der ein Loch in mein Leben und in meine Seele gerissen hat. Ich muss hart kämpfen, um weiterzuleben.»⁶
Nombulelo Ntonga,
Witwe.

sicht gestellte Verarbeitung mit dem Zweck der «Gewährleistung eines wettbewerbsfähigen und integren Wirtschaftsstandorts Schweiz einschliesslich des Rohstoffhandelsplatzes»¹.

Das lange Warten auf Gerechtigkeit

«Die Platinunternehmen vermitteln an ihrer Oberfläche den Eindruck, sozial verantwortlich und respektvoll gegenüber den Gemeinden und ArbeiterInnen zu sein und zur Verbesserung der Infrastruktur der Gemeinden beizutragen. Nichts könnte weiter von der Wahrheit entfernt sein.»² Bischof Seoka, Vertrauter und Sprecher der Marikana-Geschädigten, machte diese Aussage zwei Tage vor dem Massaker. Nach der Ermordung

Wer trägt die Verantwortung?

Um diese Frage zu klären, setzte Staatspräsident Zuma eine Untersuchungskommission unter dem Vorsitz von Richter Farlam (Farlam-Kommission) ein. Ihr Untersuchungsbericht wurde 2016 von Präsident Zuma erst nach grossem öffentlichem Druck veröffentlicht und war für die Betroffenen eine herbe Enttäuschung. Lonmin wurde Fehlverhalten vorgehalten und die Empfehlung ausgesprochen, gegen ausführende Polizeikräfte und Minenarbeiter Strafverfahren einzuleiten. Politisch wurde niemand zur Verantwortung gezogen, obwohl die Ministerien für Bergbau und Sicherheit direkt in die Ereignisse involviert waren. Auch der heutige Vizepräsident Cyril Ramaphosa und damalige Verwaltungsrat von Lonmin kam ungeschoren davon. E-Mails bezeugen, dass er vor dem verhängnisvollen 16. August bei den Ministerien, aber auch beim Lonmin-Management interveniert hatte. Ramaphosa, der während der Apartheidzeit die Minengewerkschaft NUM anführte und heute einer der reichsten Männer Südafrikas und an Lonmin beteiligt ist, forderte eine rasche, klare Lösung des Marikana-Streiks, um weiteres Ungemach für den Bergbausektor abzuwenden. Forderte er in seinen Mails das harte Eingreifen der Po-

lizei? Im Mai dieses Jahres bedauerte Ramaphosa, der für das Amt des Staatspräsidenten kandidieren will, die Sprache, die er damals verwendet hatte.³ Das genügt den Betroffenen nicht, und auch die südafrikanische Öffentlichkeit will sich damit nicht zufrieden geben.

Gerechtigkeit international?

Als die Delegation aus Südafrika Ende April 2016 an der BASF-Hauptversammlung ihre Forderungen vorbrachte, stahl sich der BASF-Vorsitzende Kurt Bock aus jeglicher Verantwortung: «Wir verstehen Ihren Wunsch, aber ich kann Sie da auch nur um Verständnis bitten. Sie können die Probleme, die Sie in Südafrika haben, zwar nach Deutschland tragen und wir setzen uns damit auch sehr, sehr intensiv auseinander. Das spüren Sie, glaube ich, auch, aber wir können nicht alle Probleme, die Sie in Südafrika haben, hier vor Ort lösen. Wir leisten unseren Beitrag, indem wir ein guter Partner sind für Lonmin und indem wir sicherstellen, dass Lonmin unseren Ansprüchen künftig auch weiterhin gerecht werden kann.»⁴

Der BASF-Beitrag bestand aus einem eigenen Audit sowie Nachaudit zu den Problemen bei Lonmin/Marikana, deren Resultate nicht veröffentlicht wurden. In diesem Zusammenhang stellte der CSR-Verantwortliche von BASF fest: «Bislang sehen wir bei allen gefundenen Mängeln eine grosse Bereitschaft von Lonmin, die Situation zu verbessern. Unser Bestreben ist es, Lonmin bei seinen Bemühungen zu unterstützen.» Auf die Frage, ob BASF als Geste des guten Willens einen Beitrag an den Marikana-Solidaritätsfonds leisten würde, antwortete er: «BASF hat in keiner Weise die furchtbaren Ereignisse in Marikana verursacht, noch dazu beigetragen. Daher liegt es nicht in unserer Verantwortung, Entschädigung zu zahlen. Damit folgen wir internationalen Standards.»⁵ Zweifellos würde auch ein schweizerisches Unternehmen gemäss diesen internationalen Standards handeln.

Gerechtigkeit national?

Lonmin kündigte an, das Wohnbauprogramm für die Minenfamilien zu verbessern und stellte einige Witwen ein. Die südafrikanische Regierung kündigte im Dezember 2016 nach grossem öffentlichem Druck an, die Opfer mit gut 80 Mio. Rand zu unterstützen. Demgegenüber haben diese den Staat auf Entschädigungszahlungen von über einer Milliarde Rand eingeklagt. Es droht ein jahrelanges juristisches Verfahren Staat gegen Teile der eigenen Bevölkerung. Weiter laufen auf juristischer Ebene die Untersuchungen gegen die angeschuldigten Polizisten und Polizistinnen, allerdings sehr harzig – eine Anklage ist in weiter Ferne. Es wird davon ausgegangen, dass es kaum je zu Prozessen kommen wird. Gegen 17 Minenarbeiter ist am 20. Februar formell Anklage wegen Mords, versuchten Mords, arglistiger Beschädigung von Privateigentum und verbotenen Besitz von Waffen erhoben worden. Der Prozess begann am 31. Juli und wurde auf Oktober verschoben. Gerechtigkeit?

¹ Antwort des Bundesrats auf eine Anfrage von Sibel Arslan (Nationalrätin Grüne) vom 22.6.2016.

² Bischof Seoka in einer Pressemitteilung der Bench Marks Foundation vom 14.8.2012. Zit. aus: NomaRussia Bonase, et. al., *Plough Back the Fruits. Im Kampf um Gerechtigkeit und Restitution. Die Bodymaps der Witwen von Marikana*. Wien 2016.

³ Peter Alexander: *Why Ramaphosa's Marikana massacre 'apology' was disingenuous and dishonest*. In: M&G vom 15.5.2017.

⁴ Pressemitteilung der KASA vom 4.5.2016. Zit nach: <http://www.presseportal.de/pm/82457/3319090>

⁵ zit. aus *Kirchliche Arbeitsstelle Südliches Afrika* 4.5.2016 <http://www.presseportal.de/pm/82457/3319090>

⁶ Zit. aus: NomaRussia Bonase, et. al., *Plough Back the Fruits. Im Kampf um Gerechtigkeit und Restitution. Die Bodymaps der Witwen von Marikana*. Wien 2016, S. 58.

Geschäfte mit der Verschuldung – das Beispiel Mosambik

Barbara Müller ist Ethnologin und verantwortlich für die Koordination der KEESA.

◆ 2016 wurde bekannt, dass drei mit dem Geheimdienst verbundene mosambikanische Unternehmen von der Credit Suisse und der russischen Bank VTB geheime Kredite in Höhe von rund 2 Milliarden Dollar erhalten hatten. Die Regierung hatte diese Kredite illegalerweise mit einer Staatsgarantie am Parlament vorbei gedeckt. Der Skandal führte zur Zahlungseinstellung der internationalen Geldgeber, und das Land musste sich im Oktober 2016 für zahlungsunfähig erklären mit schwerwiegenden sozialen Folgen. Nach der Unabhängigkeit 1975 verfolgte die mosambikanische Regierung eine zentralistische sozialistische Politik, die auf die Entwicklung des Landes ausgerichtet war. Sie stand vor gigantischen Aufgaben beim Aufbau des von der Kolonialmacht Portugal vernachlässigten Landes und erreichte vor allem in den sozialen Bereichen wie Gesundheit und Erziehung, aber auch in der wirtschaftlichen Entwicklung viel. Im Kalten Krieg stand das Land wegen seiner politischen Ausrichtung und klaren Unterstützung für die Befreiungskämpfe in den Nachbarländern unter Druck durch den Westen. Dazu kam der verheerende Krieg gegen die von Südafrika massiv unterstützte Rebellenbewegung Renamo, der weite Teile des Landes zerstörte und das Budget schwer

belastete. Anfänglich deckten die Überweisungen der Minenarbeiter, die in Südafrikas Bergbau tätig waren und Einnahmen aus Dienstleistungen, zum Beispiel für die Nutzung des Hafens von Beira und der Eisenbahnlinie nach Rhodesien grösstenteils die Staatsausgaben. Diese Einnahmequellen fielen wegen des Krieges weg.

Mosambik ist für seinen Beitrag an die Befreiung im südlichen Afrika nie entschädigt worden, seine Bevölkerung musste die immateriellen und materiellen Konsequenzen tragen. 1984 musste Mosambik sich als zahlungsunfähig erklären und Verhandlungen mit dem Internationalen Währungsfonds (IWF) aufnehmen, der seine Hilfe von einem Strukturanpassungsprogramm abhängig machte, das ab 1987 umgesetzt wurde. 1990 gab sich Mosambik eine neue Verfassung, welche die Liberalisierung der Wirtschaft festschrieb, was zur Aufnahme vieler neuer Kredite führte. Bereits 1997 geriet Mosambik deshalb in eine schwere Verschuldungskrise: 24,2% des Budgets mussten für den Schuldendienst aufgewendet werden und 23,3% für Zinszahlungen ins Ausland. Die Schuldenlast des Landes betrug zu diesem Zeitpunkt 400% des jährlichen Exporterlöses. Überzeugend weist der Mosambikkenner Joseph Hanlon in einem Artikel vom Oktober 2016 den Zusammenhang zwischen Strukturanpassung, Krediten und Korruption nach. In den späten 90er Jahren verlangte eine weltweite Kampagne (Jubilee Campaign) die Schuldenstreichung für die ärmsten Länder. Der Übertritt ins neue Jahrtausend sollte diesen Ländern einen Neubeginn erlauben. Die Bewegung, in der die Kirchen einen führenden Part spielten, erlangte eine grosse Resonanz. Sie setzte das arme Mosambik als Beispielland ein. Was schliesslich als HIPC (Heavily Indebted Poor Countries) Initiative umgesetzt wurde, wurde hingegen heftig kritisiert, weil nur Schulden gestrichen wurden, die von den Schuldnerländern ohnehin nicht hätten zurückbezahlt

werden können. Die übrigen Schulden wurden umstrukturiert, das heisst die Rückzahlung auf einen längeren Zeitraum verteilt.

Die neue Verschuldungsfalle

Seit der HIPC-Umschuldung um die Jahrtausendwende, in deren Rahmen Mosambik Schuldenerlass im Umfang von 6,3 Milliarden gewährt wurde, ist die Verschuldung Mosambiks wieder gewachsen und hat ein Niveau erreicht, das nicht mehr nachhaltig ist. Dafür verantwortlich sind zwei Faktoren: 1. Der hohe Investitionsbedarf Mosambiks und 2. Der Druck der Investoren, die in Europa und den USA kein Geld mehr verdienen können. Vor allem seit die Zinsen im globalen Norden bis Null und darunter sanken, sind Kredite für Infrastrukturprojekte leicht zugänglich, ja werden den Schuldnerländern geradezu aufgedrängt. Als in den Küstengebieten von Nordmosambik zudem bedeutende Erdölvorkommen entdeckt wurden, löste dies im bisher als Rohstoff arm geltenden Land eine grosse Euphorie aus – sowie die Hoffnung auf hohe Staatseinnahmen. Mit den zukünftigen Erdgas-einnahmen als Sicherheit vor Augen wurden grosse Infrastrukturvorhaben eingeleitet. Für die Ausbeutung der Erdgasvorkommen hat der italienische Staatskonzern ENI die Konzession erhalten. Der dramatische Preissturz für Treibstoffe nach 2008 hat jedoch die Abbaupläne verzögert. Zu den politischen Auswirkungen der finanziellen Zwangslage des Landes schreibt Jürgen Kaiser, politischer Koordinator des deutschen Entschuldungsbündnisses *erlassjahr.de*: «Der Ematum-Skandal (siehe unten) gibt einen Vorgeschmack darauf, wie die mosambikanische Demokratie sich unter dem «Ressourcenfluch» immer mehr der Realität anderer rohstoffreicher Länder wie Angola oder dem Kongo annähern könnte: Private unternehmerische Interessen höhlen demokratische Spielregeln aus, ohne sie formal abzuschaffen; die fiskalischen Möglichkeiten des

Staaes werden immer marginaler im Verhältnis zu den Summen, die der Rohstoffsektor denjenigen zahlen kann, die seinen Interessen dienlich sind.»¹

Die Geheimkredite

Im April 2016 schlug die Information wie eine Bombe ein, dass regierungsnaher Firmen in Mosambik versteckte Kredite in Höhe von über zwei Milliarden Dollar aufgenommen hatten und die Regierung – in klarer Verletzung der Verfassung am Parlament vorbei – dafür gebürgt hatte. Die internationalen Geldgeber, allen voran der IWF, stornierten daraufhin alle Zahlungen. Im Oktober desselben Jahres musste Mosambik erneut seine Zahlungsunfähigkeit erklären.² Für die Menschen waren die Folgen unmittelbar spürbar. Die mosambikanische Währung Metical, die bereits seit Anfang 2014 abgewertet worden war, brach dramatisch ein (seit Beginn 2014 um 60 Prozent), was enorme Preiserhöhungen für alle importierten Waren zur Folge hatte. Da das Land fast alles importieren muss, betraf dies die Lebenshaltungskosten der gesamten Bevölkerung. Die Regierung musste Budgetkürzungen insbesondere in den sozialen Bereichen vornehmen. Zwischen Februar 2013 und Mai 2014 hatten mosambikanische Regierungsvertreter, darunter Antonio Carlos do Rosários vom Geheimdienst SISE sowie der damalige Staatspräsident Armando Guebuza und Finanzminister Manuel Chang, fünf Kredite im Umfang von rund 2 Milliarden Dollar von der Credit Suisse (London) und der Russischen VTB aufgenommen. Dazu gründete Carlos do Rosários drei dem Staat gehörende Firmen: Proindicus (für Küstenschutz), Ematum (für Thunfischfang) und MAM (für den Bau einer Werft). Die Kredite wurden geheim gehalten. Anscheinend dienten diese Kredite u.a. Zwecken der Landesverteidigung, wie die beteiligten Akteure vor einer Ende 2016 eingesetzten parlamentarischen Untersuchungskommission erklärten. Zur gleichen Zeit hatte die

Renamo erneut zu den Waffen gegriffen, um ihre Forderungen nach Beteiligung an der Macht und an den zu erwartenden Einkünften aus der Erdgasproduktion durchzusetzen. Das Wiederaufflammen dieses Konflikts machte aus Sicht der Regierung eine Erhöhung des Verteidigungsbudgets nötig.

Da Mosambik unter Führung des IWF von 14 Geberländern Budgethilfe bezieht, werden die Staatsausgaben engmaschig überwacht und zusätzliche Aufwendungen für Verteidigung nicht zugelassen. Die CS entschied sich, den Ematum-Kredit öffentlich aufzulegen (zu einem Zins von 8,5 Prozent). Dies machte es nötig, die tatsächliche Bestimmung des Kredits zu verschleiern. Der Kredit sollte gemäss der Ausschreibung für den Aufbau einer Thunfischflotte eingesetzt werden. Um ihr Risiko abzudecken, wollte die CS sich jedoch rückversichern. Die dafür erforderliche Staatsgarantie erteilte der damalige Finanzminister Manuel Chang. Die Flotte wurde in der Folge für 90 Millionen Dollar in Frankreich gebaut und geliefert. Der restliche Kredit in Höhe von 850 Mio. wurde mutmasslich für Waffenkäufe eingesetzt. Die Fischfangflotte kam nie zum Einsatz und Ematum ging im März 2016 bankrott. Der Kredit wurde umstrukturiert. Nach Abzug von beträchtlichen Bankspesen wurden die Gelder direkt an die Firmen Abu Dhabi Mar und Privinvest nach Abu Dhabi überwiesen. Beide Unternehmen gehören dem franco-libanesischen Geschäftsmann Iskandar Safa, dem Inhaber von Schiffswerften in Cherbourg. Durch den Bankrott von Ematum gelangte das dubiose Kreditgeschäft an die Öffentlichkeit. Im April 2016 wurde bekannt, dass der Finanzminister die Kredite illegal mit einer Staatsgarantie unterstützt hatte. Dazu die parlamentarische Untersuchungskommission: «... die Kredite stellen eine Verletzung der Verfassung und der Budgetgesetze dar.» Die Verfassung schreibt vor, dass das Budget vom Parlament genehmigt werden muss. Durch

die Unterzeichnung der Kreditverträge «habe die Regierung ihre Souveränität aufs Spiel gesetzt und sich dem britischen Gerichtswesen unterstellt.»

Auch die mosambikanische Nationalbank war nicht informiert. Zudem wurden die Kredite vor dem IWF, der Afrikanischen Entwicklungsbank, der Weltbank und anderen Geldgeberländern versteckt, entgegen den Vereinbarungen, die zwischen Mosambik und diesen Gebern bestanden. Dies führte zur unverzüglichen Reaktion dieser Länder, welche ihre Budgethilfe unverzüglich einstellten.

Der Kroll-Bericht

Die Geldgeber veranlassten zusammen mit der mosambikanischen Staatsanwaltschaft die Durchführung einer unabhängigen Untersuchung. Sie wollten wissen, was aus den 2 Milliarden geworden war, welche Geldflüsse ausgelöst wurden, wer involviert war und wer welche Verantwortung trägt. Die Untersuchung wurde kompliziert durch die Tatsache, dass mehrere Länder in die Affäre involviert sind: neben Mosambik England (mit der CS London und der VTB London), Frankreich (mit den Werften in Cherbourg), die Vereinigten Arabischen Emirate (Geschäftssitz von Abu Dhabi Mar, der die Werft in Cherbourg gehört) und Holland (wo die Ematum-Aktien aufgelegt wurden) sowie die Schweiz, wo mit Palomar eine weitere Firma involviert war. Die auf Risiko Management spezialisierte US-Firma Kroll, die den Bericht erstellte, stiess bei ihrer Untersuchung auf grossen Widerstand. Mit dem Hinweis auf die Vertraulichkeit aus Gründen der nationalen Sicherheit verweigerte der Geheimdienst Einsicht in seine Unterlagen und erteilte nur beschränkt Auskunft. Der Bericht blieb deshalb lückenhaft und konnte erst nach mehreren Verschiebungen am 12. Mai eingereicht werden. Auch Privinvest in Abu Dhabi und lokale Banken lieferten die verlangten Dokumente nicht oder nur unvollständig. Mit ande-

ren Worten: Es ist nicht geklärt, was aus einem grossen Teil der Kredite geworden ist. Zwar veröffentlichte die Staatsanwaltschaft am 24. Juni eine 60-seitige Zusammenfassung des Kroll-Berichts. Der integrale Bericht ist jedoch nach wie vor nicht zugänglich. Gestützt auf den Bericht will die Staatsanwaltschaft eine strafrechtliche Untersuchung durchführen und die Verantwortlichen zur Rechenschaft ziehen. Es wird kritisiert, dass sie erst auf Druck der Geldgeber reagierte und die Aussageverweigerung der Geheimdienstverantwortlichen akzeptierte. Kroll nimmt an, dass der Vertragspartner – die Prinvest Gruppe, die auch die Werft in Cherbourg und Abu Dhabi Mar umfasst – den mosambikanischen Unternehmern mindestens 700 Millionen Dollar zu viel in Rechnung stellte. Der Unterschied zwischen den ProIndicus und Ematum verrechneten Beträgen für Leistungen und Waren und den von unabhängigen Experten geschätzten Preisen beläuft sich auf rund 713 Millionen. Gemäss Kroll gingen insgesamt 200 Millionen an die den Kredit organisierenden Banken, VTB und CS, der scheinbar die führende Rolle zukam. Darüber hinaus besteht beim Kredit an Ematum für weitere 500 Mio. Unklarheit, wofür dieses Geld verwendet wurde. Dieser Betrag wurde bei der Umstrukturierung des Kredits ins nationale Budget übernommen und als Verteidigungsausgaben rubriziert. Prinvest hingegen besteht darauf, dass keine Waffen geliefert wurden. Viele Zahlungen und Vertragsänderungen bleiben gemäss Kroll-Bericht unerklärlich. Zum Beispiel scheint es, dass Abu Dhabi Mar den Banken CS und VTB 53 Mio. auszahlte. Kroll stellt fest, dass ein vom Finanzministerium ausgestelltes Dokument angibt, dass die CS eine Reihe von «Vorbedingungen» stellte, die erfüllt sein müssten, bevor ein Kredit bewilligt würde. Dazu gehörte die Forderung, dass der Kreditvertrag von der Bank von Mosambik gutgeheissen, vom mosambikanischen Verwaltungsgericht über-

prüft und die Operation dem IWF gemeldet worden sei. Die Erfüllung dieser Bedingungen sei dann aber doch nicht nötig gewesen. Zurzeit verhandelt die Regierung mit dem IWF über die Bedingungen für eine Umstrukturierung der Schulden. Dabei ist klar geworden, dass der IWF erst dann zur Wiederaufnahme von Zahlungen bereit ist, wenn vollständige Transparenz hergestellt ist. Das ist bis jetzt nicht der Fall. Zusätzliche Untersuchungen durch die amerikanische Securities and Exchange Commission (SEC) und die britische Börsenaufsicht (FCA) sind im Gang, auch die schweizerische Finanzmarktaufsicht Finma scheint sich um den Fall zu kümmern.

Forderungen der mosambikanischen Zivilgesellschaft

Im März 2017 wandten sich 36 in Mosambik tätige Organisationen mit einer Eingabe an den IWF und die Weltbank. Sie gaben ihrer Besorgnis über die sich verschlechternde wirtschaftliche, soziale und politische Lage Ausdruck, mit der sich das Land konfrontiert sehe. «Der einzige Weg, der nachhaltig aus der Wirtschaftskrise führt, ist eine verbesserte Transparenz bezüglich Kredite und Darlehen. Ausserdem muss sichergestellt werden, dass alle Massnahmen diejenigen treffen, die in der Lage sind zu zahlen und dass Mosambik nicht in eine unbezahlbare Schuldenfalle gelangt.»

Die Eingabe enthielt und u.a. die folgenden Forderungen:

- Vollständige Aufklärung der Öffentlichkeit über die illegitimen Kredite.
- Eine Verpflichtung von Regierung und IWF, auf Massnahmen zu verzichten, welche die Staatsausgaben für lebenswichtige Dienstleistungen und Investitionen beeinträchtigen, einschliesslich Erziehung, Gesundheit, Wasser und Landwirtschaft.
- Ein Gesetz mit Umsetzungsmechanismen, das Politiker zur Verantwortung für ihre Handlungen zieht, mit klaren Strafen für Fehlverhalten und schlechte Regierungsführung.

• Neuverhandlung der Verträge von Grossprojekten, um sicherzustellen, dass sie alle einen gerechten Anteil an Steuern leisten.

• Streichung oder massgebliche Reduktion der staatlichen Schulden, die aus den Krediten an Ematum, Proindicus und MAM entstanden sind.

Die Forderung nach einer gesetzlichen Verpflichtung zu Transparenz bei Kreditvergaben stellt auch Jubilee 2000 in London, welche die CS und ihr Verhalten kritisierte. Britische und deutsche Schuldenbündnisse verlangen zudem, dass die Geheimkredite als illegitime Schulden behandelt werden, für die der Staat nicht haften muss.

Verantwortung der Credit Suisse

Die CS hat bisher auf die laufende Untersuchung verwiesen und den Fall nicht kommentiert. Einzig auf die Behauptung des Kroll-Berichts, sie habe mehr als 100 Mio. US an Bankspesen und Vermittlungsgebühren kassiert, reagierte die Bank mit einem Dementi und erklärte, sie habe die branchenüblichen 23,8 Millionen Dollar oder 2,3 Prozent an Gebühren erhoben; dazu kämen noch 141 Millionen Dollar an sogenannten «contractor fees». Eine weitere Schweizer Connection ist die Firma Palomar Capital Advisors mit Sitz in Zürich, der laut Kroll-Bericht in Zusammenhang mit der Umstrukturierung des Proindicus-Kredits 30,6 Millionen Dollar zugeflossen sind. Diese Firma soll ebenfalls eine wichtige Rolle bei der Abwicklung der Kredite innegehabt haben. Bei Palomar war ein Neuseeländer namens Andrew Pearse für das Mosambik-Geschäft zuständig, der zuvor als CS-Banker das Proindicus-Geschäft eingefädelt hatte. Pearse zufolge soll es keine Interessenskonflikte zwischen seiner Anstellung bei der CS und seinem anschliessendem Engagement bei Palomar gegeben haben.³ Laut Kroll-Bericht geriet Palomar am 18. Oktober 2016 unter Zwangsverwaltung und befindet sich seit November in Liquidation.⁴

Kohärenz in der Aussenpolitik

Es ist einmal mehr skandalös, dass die Schweizer Entwicklungszusammenarbeit in einem der ärmsten Länder der Welt tätig ist und dieses Engagement durch die Tätigkeit einer Bank, welche «Suisse» im Firmennamen trägt, unterminiert wird. Die oft angerufene Kohärenz in der Aussenpolitik wäre hier gefordert. Es braucht klare Regelungen, welche Transparenz bei der Kreditvergabe sicherstellen, damit die Zivilgesellschaft in den betroffenen Ländern überprüfen kann, ob Gesetze eingehalten und Projekte sauber durchgeführt werden. Der Fall der mosambikanischen Geheimkredite zeigt zudem, dass korrupte Politiker in Afrika nicht ohne die korrupte Gegenseite im Norden denkbar sind, die intransparente Strukturen für ihre Profitmacherei zu nutzen wissen. Zudem ist der Mechanismus der Strukturanpassungen zu überdenken, welche die betroffenen Länder «kreditfähig» machen und damit in die Verschuldungsfalle führen. Bedenklich ist, dass dieser Fall in der schweizerischen Öffentlichkeit nicht als Skandal wahrgenommen wird.

¹ www.kkmosambik.de/content/wp-content/uploads/2017/07/VerschuldeteZukunft.pdf

² In der Schweiz wurden die skandalösen Kreditgeschäfte durch Thomas Kesselring bekannt gemacht, der den Fall umfassend recherchierte und mit dem Netzwerk Kontrapunkt eine Kampagne startete, welche die Rolle der CS kritisierte. Kesselring sprach auch an Aktionärsversammlungen der CS und stellte kritische Fragen bezüglich der Sorgfaltspflicht der Bank. Er hat das Resultat seiner Recherchen in mehreren Artikeln publiziert (siehe www.kontrapunkt.ch).

³ www.finews.ch/news/banken/27874credit-suisse-mosambik-kroll-palomar-andrew-pearse

⁴ www.infosperber.ch/Artikel/Wirtschaft/CS-Eigenverantwortung-der-Credit-Suisse-in-Mosambik

Kupferabbau in Sambia und die Rolle des Schweizer Rohstoffhandelsplatzes

Anna-Sophie Hobi studiert Ethnologie sowie Ur- und Frühgeschichte an der Universität Basel, arbeitet als studentische Hilfsassistentin im Museum der Kulturen Basel sowie am Ethnologischen Seminar der Universität und ist Mitglied der KEESA.

◆ *Als Teil eines Forschungsprojektes, das dem Weg des Kupfers von der Mine in Sambia bis zum Recycling-Workshop in China nachgeht, knüpft die KEESA Kontakte zu sambischen Organisationen, die sich mit den Auswirkungen des Kupferabbaus auf die Lebensqualität der Menschen vor Ort auseinandersetzen. Dabei spielt die Schweiz als zentraler Rohstoffhandelsplatz eine bedeutende Rolle, über die erst wenig bekannt ist.*

Wenn wir mit dem Bus oder Auto nach einem langen Tag von der Arbeit nach Hause fahren, das Essen von gestern aus dem Kühlschrank nehmen und es in der Mikrowelle wärmen; wenn wir unsere E-Mails auf dem Smartphone lesen oder das Gerät abends ans Ladekabel hängen, um es mit Strom zu versorgen, dann begegnen wir dem Rohstoff Kupfer ständig, ohne ihn zu bemerken. Er steckt in Stromkabeln, Mikrowellen, Kühlschränken, Handys. In einem gewöhnlichen Auto befinden sich um die 1,5 Kilometer Kupferkabel. Als günstigster Stromleiter ist Kupfer das am meisten verarbeitete Industriemetall. China hat den weltweit grössten Bedarf, es ist damit auch dessen wichtigster Importeur. Abgebaut wird das rote Metall in rohstoffreichen Ländern wie Sambia. Doch auch die Schweiz als Drehscheibe des globalen Rohstoffhandels ist nicht wegzudenken. Das Forschungsprojekt «Value-works» befasst sich mit diesen drei für den Kupferhandel zentralen Ländern:

Sambia – Schweiz – China

Am Anfang der Wertschöpfungskette stehen die rohstoffproduzierenden Regionen der Welt. Wie der Name vermuten lässt, ist der zentralafrikanische Kupfergürtel der grösste Produzent des Rohstoffes auf dem Kontinent. Der kupferreiche Streifen Land erstreckt sich von der Katanga-Region in der Demokratischen Republik Kongo über die Copperbelt Provinz in Sambia, wobei Sambia (nach der DRC) der zweitgrösste Kupferexporteur Afrikas ist. Das Land verfügt über eine hundertjährige Geschichte des industriellen Bergbaus und ist wirtschaftlich, politisch und gesellschaftlich stark von diesem geprägt. Die Schweiz hingegen ist nicht gerade bekannt für ihren Rohstoffreichtum – die letzten Bergwerke schlossen ihre Schächte Mitte der 1960er-Jahre. Im weltweiten Rohstoffhandel spielt sie allerdings eine zentrale Rolle: Zwei Drittel aller Metalle und des weltweit gehandelten Getreides sowie ein Drittel des Erd-

öls werden über den kleinen Alpenstaat gekauft und verkauft. 92% des in der Schweiz gehandelten Kupfers stammt aus Sambia. Die Mehrheit dieser Güter berührt den Schweizer Boden nie, mit Ausnahme von Gold, welches grösstenteils hierzulande raffiniert wird. Bei den meisten anderen Rohstoffen agiert die Schweiz als Drittstaat im sogenannten Transithandel: In der Schweiz angesiedelte Handelsfirmen – insbesondere in Zug, Lugano und Genf – führen nicht nur die Transaktionen durch, sondern sind auch oftmals dafür verantwortlich, dass die Waren ihr Ziel erreichen. China ist der weltweit grösste Abnehmer von Rohstoffen: 50% aller Metalle und 45% des weltweit gehandelten Kupfers werden nach China geliefert. Kupfer wird für die eigene Nachfrage für den Bau, die Stromversorgung, den Transport und die Weiterverarbeitung einerseits sowie für die weltweite Nachfrage an in China hergestellten Produkten andererseits eingesetzt. Obwohl das Land den Rohstoff auch selbst abbaut und verarbeitet, deckt dies nur einen kleinen Teil des Bedarfs. Kupfer muss wegen der hohen Nachfrage importiert werden. Nach der Schweiz ist China der zweitwichtigste

Käufer des sambischen Kupfers. Dieses stammt mehrheitlich aus Minen, die von chinesischen Staatsbetrieben in Sambia betrieben werden.

Valueworks: Das Forschungsprojekt

Das zweijährige Projekt «Valueworks: Effects of Financialization along the Copper Value Chain» hat das Ziel, Erkenntnisse bezüglich des Rohstoffabbaus und -handels in China, der Schweiz und Sambia zusammenzubringen. Ziel ist ein besseres Verständnis der Auswirkungen eines sich verändernden Rohstoffhandels auf die lokalen Realitäten. Der Finanzsektor spielt entlang der Kupferwertschöpfungskette eine zentrale Rolle, und neue Finanzinstrumente verschränken den Rohstoffhandel mit dem Finanzsektor. Diese sogenannte Finanzialisierung, so eine These des Projekts, führt zu einer noch grösseren Instabilität, Preisvolatilität und Intransparenz. Damit würde zudem die wirtschaftliche Nachhaltigkeit gefährdet, was für die Menschen entlang der Wertschöpfungskette überall dort spürbar ist, wo abgebaut, transportiert, gehandelt, verarbeitet und recycelt wird. Das Forschungsprojekt versucht insbesondere, die Aus-



Schwere Trucks im Zentrum von Solwezi: Täglich transportieren sie Kupferkonzentrat von der Mine zur Schmelzanlage. Bild: Anne-Sophie Hobi

wirkungen der Finanzialisierung der in der Schweiz niedergelassenen Rohstoffhändler in sambischen und chinesischen Kontexten anhand des Beispiels der Kupferindustrie zu ergründen. «Valueworks» ist ein kooperatives Forschungsprojekt unter der Leitung der Ethnologin Rita Kesselring (Universität Basel) und wird vom Swiss Network for International Studies (SNIS) gefördert. Zu den Projektteilnehmenden gehören in der Schweiz, Deutschland und England, Sambia und China ansässige Forschende der Ethnologie, Soziologie, Geografie, Rechts- und Wirtschaftswissenschaften, die Forschungsinstitute UNRISD (United Nations Research Institute for Social Development) und SAIPAR (Southern African Institute for Policy and Research) sowie Nichtregierungsorganisationen, darunter auch die KEESA. Den Auftakt des Projektes bildete ein dreitägiger Workshop am Ethnologischen Seminar Basel im März dieses Jahres. Dieser gab den Teilnehmenden die Möglichkeit, eigene Forschungsideen zu präsentieren, diese zu diskutieren und im Anschluss einen gemeinsamen Rahmen zu definieren und sich auf ein gemeinsames Ziel festzulegen. Um den drei Eckpfeilern Kupfer, Finanzialisierung und Rohstoffhandel nachzugehen, unternehmen die teilnehmenden Spezialisten ihrer Gebiete in den drei Ländern ethnographische Feldforschung, unter anderem in Zug und Genf, in der Guangdong-Provinz in China und in Lusaka, Kitwe und Solwezi in Sambia.

Steuertricks und Schwefeldioxid

Sambias Kupferbergbau sorgte in jüngerer Zeit besonders durch die Umweltverschmutzungen in der Stadt Mufulira für Aufmerksamkeit. Der im Kanton Zug ansässige Konzern Glencore betreibt mit Mopani Copper Mines zwei Untertagminen und eine Kupferschmelzanlage. Seit über 70 Jah-

ren, also schon vor der Privatisierung der Minen und der Übernahme von Mopani Mines durch Glencore im Jahr 2000, gelangt Schwefeldioxid ungefiltert in die Luft, was zu starken gesundheitlichen Schäden wie Atemnot und Lungenkrankheiten führt. Der Fall wurde in den Schweizer Medien aufgegriffen und Glencore heftig dafür kritisiert (SRF 2012; 2014). Das gleiche Unternehmen wurde überdies für einen zweiten Skandal bekannt. Sambia konnte trotz rasantem Anstieg des Kupferpreises nur wenig von den Steuereinnahmen des Bergbausektors nach dessen Privatisierung Ende der 90er Jahre profitieren. Aus diesem Grund versuchte die sambische Steuerbehörde, ihr Besteuerungssystem anzupassen und unternahm dazu eine steuerrechtliche Begutachtung mehrerer grosser Bergbaugesellschaften im Kupfergürtel, darunter auch die Kupferminen von Glencore. Der Bericht gelangte 2011 durch einen Leak an die Öffentlichkeit. Danach soll das Unternehmen systematisch Betriebskosten über- und Produktionsvolumen unterbewertet haben und wurde des sogenannten Transfer-Pricings beschuldigt. Die Tochterfirma Mopani soll Glencore Mineralien zu einem tiefen Preis verkauft bzw. praktisch geschenkt haben. Dadurch verzeichnete Mopani kaum Gewinne, flossen diese doch in die Taschen von Glencore. Durch solche fiskalischen Tricks werden die SambierInnen um Steuereinnahmen und ihre Beteiligung am Gewinn aus dem Bergbausektor betrogen.

Der «neue» Kupfergürtel

Zwischen 2002 und 2008 erlebte Sambia einen Rohstoffboom, nur kurze Zeit nachdem Glencore die beiden Werke in Sambia vom Staat erwarb und wiedereröffnete. Der Boom führte auch zur Erschliessung weiterer Abbaugelände wie dem «neuen» Kupfergürtel im Nordwesten des Landes. Die

Kansanshi-Mine nördlich der Provinzhauptstadt Solwezi wurde nach einer längeren Zeit des Stillstandes wieder in Betrieb genommen und zwei weitere Minen (Lumwana und Kalumbila) 60 bzw. 140 km westlich davon wurden eröffnet, allesamt von zwei kanadischen Unternehmen. Junge Menschen begaben sich auf Arbeitssuche in die ehemals ländliche Region und hofften auf eine Anstellung bei den Bergbaugesellschaften. Im Unterschied zum Untertagebau im alten Kupfergürtel erfolgt die Extraktion im neuen Kupfergürtel jedoch im technisch spezialisierten Tagebau und erfordert nur wenig und vor allem gut ausgebildetes Personal. Um die neuen Minen entstanden gemäss Rita Kesselring urbane Zentren, und die Einwohnerzahl von Solwezi verfünffachte sich innerhalb weniger Jahre. Die Bergbaustadt Solwezi zog nicht nur arbeitssuchende und geschäftstüchtige Personen der angrenzenden Regionen Sambias an, sondern brachte auch öffentliche und private Infrastruktur wie geteerte Strassen, (südafrikanische) Supermärkte, Banken und den Anschluss ans Stromnetz. Die Kapazitäten der Stadtverwaltung von Solwezi sind jedoch regelmässig erschöpft, was sich an Engpässen in der Müllentsorgung und Wasserversorgung sowie an Stromausfällen zeigt. Verschränkungen mit in der Schweiz ansässigen Händlern und in Sambia schürfenden Firmen war der ausschlaggebende Faktor für die Mitarbeit der KEESA am Projekt «Valueworks». In dessen Rahmen wird die KEESA mit Nichtregierungsorganisationen und anderen zivilgesellschaftlichen Akteuren in Sambia Kontakte knüpfen und Möglichkeiten der Zusammenarbeit erkunden. Mitglieder der KEESA reisen Ende August nach Sambia und besuchen während zwei Wochen die Region Solwezi sowie die Copperbelt Provinz. Im Anschluss findet der zweite Work-

shop des Projektes in Lusaka statt. Während und über die Laufzeit des Projekts hinweg versucht die KEESA, auf die Logik und die Folgen des Rohstoffhandels in der Schweiz und Sambia aufmerksam zu machen und die Resultate der Forschung der Öffentlichkeit zugänglich zu machen.

Quellen:

- SHERPA, Erklärung von Bern, CTPD, Mining Watch und L'Entraide missionnaire: *Specific Instance regarding Glencore International AG and First Quantum Minerals Ltd. and their alleged violations of the OECD guidelines for multinational enterprises via the activities of Mopani Copper Mines Plc. in Zambia*. April 12th 2011 - Press Folder.
- *Pilot Audit Report – Mopani Copper Mines Plc. International Expert Team Report to the Commissioner Domestic Taxes*. Zambia Revenue Authorities, 2010.
- Grant Thronton, und Econ Pöyry: «*Pilot Audit Report – Mopani Copper Mines Plc. International Expert Team Report to the Commissioner Domestic Taxes, Zambia Revenue Authorities, 2010.*»
- SRF: *Glencores Hinterhof*, Reporter, 2012. www.srf.ch/sendungen/reporter/glencores-hinterhof.
- SRF: *Glencore und die Asthma-Toten*, Rundschau 2014. www.srf.ch/play/tv/rundschau/video/glencore-und-die-asthatoten?id=494763c8-fdb8-4b21-92d7-1711694d60d.

Hinweis

Samstag, 18. November, 8.30 – 16.45 Uhr

Tagung in Basel

The New Debt Crisis Structural adjustment, loans, corruption and profits – the case of Mozambique

www.apartheid-reparations.ch oder
www.zasb.unibas.ch

Aus dem Vorstand

Zum dritten Mal haben die Theologische Bewegung für Solidarität und Befreiung, die Religiös-Sozialistische Vereinigung der Deutschschweiz und die Vereinigung der Freundinnen und Freunde der Neuen Wege ihre Jahresversammlungen koordiniert abgehalten – am Samstag, 17. Juni 2017 im RomeroHaus in Luzern. Im Anschluss daran haben die drei Organisationen zu einer öffentlichen Veranstaltung zum Thema «600 Jahre Roma in der Schweiz – Anerkennung jetzt!» eingeladen. Zur ersten Jahresversammlung, der 35. der TheBe, konnte Erwin Troxler um 9.30 Uhr 18 Mitglieder begrüßen. Da alle den Jahresbericht 2016 vorgängig erhalten hatten, streifte Erwin Troxler das vergangene Berichtsjahr nur kurz. So blieb genügend Zeit für Kommentare, Hinweise, Fragen. Jacqueline Keune machte auf die nächste Veranstaltung der Arbeitsgruppe Kirche?NordSüdUntenLinks aufmerksam (siehe Berichte aus den Gruppen). Für die Sonntagsallianz erinnerte Urs Häner daran, dass Liberalisierungen im Bereich des Arbeitsgesetzes immer neu auf der politischen Traktandenliste stehen. Wichtiges Thema sei zurzeit der Arbeitszeitschutz, u. a. werde dieser etwa unter dem Deckmantel von Home-Office in Frage gestellt. Die Erwägungen sind auch in 2016 mit viel inhaltlicher Qualität erschienen. Peter Zürn bedankte sich bei allen Schreibenden, ohne deren Unterstützung es nicht ginge. Ein Dankeschön auch an die Neuen Wege für die gute Zusammenarbeit. Li Hangartner hielt kurz Rückblick auf den Romero-Tag 2017. Erstmals fand dieser am späteren Freitagabend statt. Leider war die Zahl der Teilnehmenden recht bescheiden, auch TheBe-Mitglieder haben nur wenige teilgenommen. Inhaltlich war der Tag beeindruckend und substanziell. Die TheBe möchte sich auch in Zukunft daran beteiligen, z.B. durch die Übernahme des politischen Abendgebetes. Die Jahresrechnung 2016, mit einem Ertragsüberschuss von Fr. 1 277.34, wurde auf Empfehlung der Revisoren Florian Flohr und Odilo Noti einstimmig genehmigt und dem Vorstand Decharge erteilt. Das Budget 2017 sieht einen Aufwandüberschuss

von Fr. 4 450.00 vor. Dies vor allem, weil die Homepage der TheBe dringend erneuert werden muss. Sie ist nur noch bedingt bearbeitbar und technisch veraltet. Urs Häner führte als Tagespräsident die Wahlen durch. Erwin Troxler wurde als TheBe-Präsident einstimmig wiedergewählt, ebenso die Vorstandsmitglieder Francisco Gmür, Peter Zürn und Markus Zahno. Odilo Noti und Florian Flohr wurden als Revisoren bestätigt. Urs Häner und Erwin Troxler wiesen darauf hin, dass der Vorstand Verstärkung braucht – es ist augenscheinlich, dass Frauen fehlen. Interessierte dürfen sich gern melden. Erwin Troxler erwähnte abschliessend einige Arbeitsschwerpunkte 2017. Wie in den letzten Jahren werden verschiedene Veranstaltungen finanziell und ideell unterstützt: Ostermarsch Bern, Friedensmarsch Bodensee, Friedenskundgebung St. Gallen. Weiter soll die Homepage aktualisiert werden. Matthias Hui informierte, dass am 20. Januar 2018 in Bern eine Folgeveranstaltung zur Migrationscharta stattfinden wird. Die Charta wird als Verein weitergeführt und hat neuen Schub bekommen. Eine Kerngruppe von rund 15 Personen übernimmt die Hauptverantwortung. Verschiedene Mitglieder wünschen sich, dass die TheBe dies finanziell unterstützt. Der Vorstand nimmt das Anliegen ins Budget 2018 auf. Daniel Ammann stellte den Antrag, eine vermehrte und institutionalisiertere Zusammenarbeit resp. Vernetzung mit dem Institut für Theologie und Politik in Münster (ITP) zu suchen. Gemeinsam mit Jacob Schädelin und Jacqueline Keune wird Daniel Ammann hier am Ball bleiben. Auch der Vorstand der TheBe wird das Anliegen an seiner nächsten Sitzung aufnehmen.

Markus Zahno, Vorstand TheBe

Gruppen

Dringender Aufruf: Wir suchen Theologinnen für unsere feministisch-theologische Frauen-Lesegruppe

Wir – eine Gruppe von reformierten und katholischen Theologinnen – haben uns über viele Jahre regelmässig alle sechs

bis acht Wochen in Bern getroffen und über ein ein gemeinsam ausgewähltes feministisch-theologisches Buch diskutiert. Wir haben Bücher aus allen theologischen und auch philosophischen Disziplinen gelesen. während der letzten zwei Jahre waren wir noch fünf Frauen. Nun haben sich aus Zeitgründen leider auf diesen Sommer relativ überraschend zwei Frauen aus unserer Gruppe verabschiedet. D.h. aktuell sind wir nur noch drei Frauen. Gerne würden wir drei weiter fortfahren, haben aber beschlossen, dass wir noch *mindestens zwei weitere Frauen für unsere Gruppe dazu gewinnen wollen*, wenn unsere Gruppe weiter fortbestehen soll. Unsere Frauen-Lesegruppe traf sich bisher in der Regel mittwochs oder montags abends zum Diskutieren und miteinander Essen (Teilete) in Bern. Wir könnten uns in Zukunft ggf. auch an einem anderen Ort treffen, z.B. Olten.

Als nächste Lektüre können wir uns z.B. folgende Bücher vorstellen:

- Klara Butting: *Hier bin ich. Unterwegs zu einer biblischen Spiritualität, oder ebenfalls*
- Klara Butting: *Die Buchstaben werden sich noch wundern, oder*
- Ina Prätorius: *Immer wieder Anfang. Texte zum geburtlichen Denken.*

Wir wenden uns an alle lese- und diskussionsbegierigen Theologinnen mit Interesse an feministisch-theologischen Fragestellungen. Falls ihr euch vorstellen könnt, an unserem Austausch teilzunehmen, würden wir uns sehr freuen, wenn Ihr Euch möglichst bald meldet bei

Eveline Gutzwiller, Tel. 079 411 57 37 oder evgu@pe-gu.ch. Gute Sommerzeit wünschen Euch *Isabelle Deschler, Eveline Gutzwiller und Ingrid Zürcher*

WächtigsChristInnen

Vor wenigen Wochen hat die Nationalbank neue Fünziger- und neue Zwanzigernoten herausgegeben. Das belebte die öffentliche Debatte über Geldproduktion und Geldfluss: Wer darf neue Noten drucken, wer darf Münzen prägen, was geschieht mit dem alten Geld? Diese Fragen müssten uns alle interessieren, denn wir werden aufgefordert sein, einer Volksinitiative zum Durchbruch zu ver-

helfen, die gerade dies für die Zukunft regelt: Die «Vollgeld-Initiative», die 2018 zur Abstimmung gelangen soll. Münzen prägen und Noten drucken ist eine volkswirtschaftliche Aufgabe, welche seit 1891 exklusiv der Nationalbank zukommt. Doch anders als man so gemeinhin vermutet, ist es nicht nur die Nationalbank, die Geld schafft. Vielmehr produzieren in der Schweiz alle Banken Geld, und zwar per elektronischen Knopfdruck. Unser Sparkonto bei irgendeiner Bank ist nicht echtes Geld, nicht echt hinterlegte Noten und Münzen, sondern es ist bloss unsere Forderung an die Bank, uns Bargeld aus-zuzahlen, wenn wir dies benötigen. Die gesetzlichen Zahlungsmittel (Münzen, Noten) machen bloss 10 Prozent der umlaufenden Geldmenge aus. Die Vollgeld-Initiative fordert, dass allein die Nationalbank Geld erzeugen darf, sei es real oder virtuell, echt oder elektronisch. Dann könnten die Banken nicht mehr eigenes Geld schaffen, sondern nur noch jenes Geld verleihen, das ihnen zur Verfügung gestellt wurde. So sollte die Finanzbranche in den Dienst der Realwirtschaft und der Gesellschaft gestellt werden. Diese Mechanismen sind kompliziert, sie zu verstehen, verlangt ökonomische Denkfähigkeit. Wir haben beschlossen, uns kundig zu machen. Wer will sich dieser Herausforderung stellen durch Mitdenken bei den Zusammenkünften der TheBe-Arbeitsgruppe WächtigsChristInnen?

Paul Jeannerat graenicher.jeannerat@gmx.ch) oder *Urs Häner* (uh@sentitreff.ch) geben gerne Auskunft.

Kirche?NordSüdUntenLinks

Kirche und Wirtschaft am Beispiel der Konzernverantwortungsinitiative (KOVI) – diesen Themenschwerpunkt hat sich das Netzwerk Kirche?NordSüdUntenLinks gesetzt. Immer dramatischer zeigt sich, dass die heutige neoliberale Ökonomie in den Abgrund führt: Klimawandel, Zerstörung der Ressourcen, weltweite Armut, Finanz- und Flüchtlingskrise: Sie alle haben ihre Wurzel in der globalen Ausbeutung. Die Schweiz, die mit ihrer Steuerflucht- und Niedrigsteuerpolitik Multis ins Land lockt, ist eine der bedeutendsten

globalen Drehscheiben und hat eine besondere Verantwortung, ihre Konzerne auf soziale und ökologische Standards zu verpflichten. Im Oktober 2016 wurde die KOVI mit 120 000 gültigen Unterschriften eingereicht, und wir befinden uns im Vorlauf für den Abstimmungskampf, der Ende 2018, Anfang 2019 über die Bühne gehen wird. Es ist absehbar, dass diese Abstimmung umstritten sein wird, und insbesondere den Kirchen wird von Gegnern und Befürwortern eine wichtige Rolle zugeschrieben. Am Treffen vom 11. Mai haben wir uns über das Anliegen sowie den Stand der Initiative informiert. Im Zentrum stand die Suche nach theologischen Argumenten für die Initiative. Wir wurden überrascht durch die Vielfalt und Anzahl von Ansatzpunkten, die sich dafür verwenden lassen! Schliesslich diskutierten wir in Arbeitsgruppen mögliche Aktivitäten für den Abstimmungskampf: Engagement von Kirchgemeinden für die KOVI, Reisen von Betroffenen in die Schweiz und kreative Strassenaktionen.

Das nächste Treffen von *Kirche? Nord SüdUntenLinks* wird am 14. November stattfinden. Weitere Details zu Ort und Programm sind bei Stephan Tschirren (tschirren@bfa-ppp.ch) erhältlich. Es wird dann darum gehen, wie wir weiterarbeiten an einer kirchlichen Bewegung für die KOVI und uns als Netzwerk für eine breite Mobilisierung einsetzen können. Wer unsere Mails in Zukunft aber erhalten möchte, kann sich bei Stephan Tschirren melden.

Selbstverständnis von «Kirche? Nord-SüdUntenLinks»? : «Wo sind die kirch-

lichen Bewegungen, wo die Frauen und Männer in der Schweiz, die sich heute, nach 40 Jahren Befreiungstheologie, von persönlichen Erfahrungen, Theologien und gesellschaftspolitischen Bewegungen im Süden inspirieren lassen? Sind herrschafts- und kapitalismuskritisch christliche Gruppen in der Schweiz politisch oder kirchenpolitisch noch relevant? Finden wir eine eigene Sprache, die 20- oder 30-Jährige verstehen und mit der wir zu aktuellen politischen Prozessen etwas beitragen können? Wo ist etwas vorhanden von feministischer, befreiungstheologischer, systemkritischer Glut in unseren Kirchen, Hilfswerken und christlichen Organisationen? Wie könnte verstreute Glut zum Feuer werden?

Wir rufen auf zum Austausch, zum theologischen Weiterdenknetz unter jenen Frauen und Männern, die weiterhin mit einem Bein in den kirchlichen Strukturen stehen, von biblischen Traditionen zehren und an ihre Kraft zur Verwandlung der Verhältnisse glauben. Wir möchten halbjährliche Treffen zustande bringen, die Freude machen, auch durch Begegnung, Essen & Trinken und Liturgisches, die Erkenntnisse bringen und unsere Kräfte stärker zu bündeln vermögen. Es soll Raum entstehen für den Austausch von aktuellen theologischen Reflexionen, für die Vorstellung und Diskussion von laufenden Projekten oder geplanten Vorhaben in unseren Kreisen, und für die Entwicklung neuer, gemeinsamer Perspektiven. Dabei stehen die gegenseitige Stärkung und das Gewinnen von Klarheit und Mut im Vordergrund.»

Stephan Tschirren / Ueli Wildberger

Erwägungen

Journal der Theologischen
Bewegung für Solidarität
und Befreiung – TheBe

Redaktion dieser Ausgabe

Peter Zürn,
peter.zuern@swissonline.ch
Mehr Informationen unter
www.thebe.ch

Administration

TheBe, Postfach 4203,
6002 Luzern
info@thebe.ch,
www.thebe.ch

Abopreis

Das Journal der Theologischen Bewegung für Solidarität und Befreiung erscheint zwei Mal im Jahr – im März und September als Beilage der *Neuen Wege*.

Das Abonnement ist Bestandteil der Mitgliedschaft der TheBe.

Mitgliedschaft

Wollen Sie Mitglied der Theologischen Bewegung für Solidarität und Befreiung werden? Schicken Sie ein E-Mail mit Ihrer Adresse an info@thebe.ch.

Der Mitgliederbeitrag liegt bei Fr. 30.–, der Solidaritätsbeitrag bei Fr. 50.–.